

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

alle Sozial- und Wirtschaftsdaten zeigen: Die innere Einheit Deutschlands bleibt in weiter Ferne, und das obwohl die Mauer bald länger weg ist als sie gestanden hat. Die Angleichung der Lebensverhältnisse muss endlich konzentriert vorangetrieben werden. Es muss Schluss sein mit der strukturellen Benachteiligung des Ostens! Ich gestehe ehrlich: In den letzten Jahren ist uns dieses Herzensanliegen aus dem Blick geraten. Seit einigen Monaten rücken wir es deshalb stärker in den Fokus. Die Bundestagswahl hat bewiesen, dass das sehr notwendig ist.

Die Ost-West-Angleichung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die koordiniert angepackt werden muss. Das geht am besten in den Händen eines neu zu schaffenden Bundesministeriums für Infrastruktur und die neuen Länder. Angesiedelt werden sollte es an der Nahtstelle zwischen Krise und Kreativität im Osten – in der „Zukunftswerkstatt“ Leipzig. Die Stadt liegt am Knotenpunkt der Entwicklungslinien von vier Bundesländern, sie ist auch von Berlin im Nu erreichbar. Nebenbei: Es arbeiten immer noch siebentausend Beschäftigte von Bundesministerien in Bonn.

Leipzig gehört zum Freistaat, der überwiegend von Abwanderung geprägt ist, aber die Metropole wächst – und mit ihr die Herausforderungen: Stichworte Wohnungsnot, „sächsische Armuts-hauptstadt“. Zugleich wächst hier der neue Osten am stärksten, mit eigenem Selbstbewusstsein und vielen Menschen, die sich etwas einfallen lassen. Die zügige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West ist eine zentrale Regierungsaufgabe. Wir werden in Zukunft wieder stärker Druck machen, damit es dabei endlich vorangeht.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Ossiland in Wessihand

„Im Osten leben schon die Deppen der Nation.“ So kommentierte der Publizist Sergej Lochthofen im MDR die Ergebnisse der Bundestagswahl. Das meinte er freilich ironisch. Dann, ganz im Ernst: Die Verächtlichmachung des Ostens gehe nun verstärkt weiter.

Schimpfen auf die „Ossis“ verschärft die Spaltung der Gesellschaft. Aber es muss Gründe dafür geben, dass gerade im Osten so viele ausgerechnet in der AfD eine Alternative sehen. Die strukturelle Benachteiligung der Menschen hierzulande hält im dritten Jahrzehnt der Einheit an. Dieses Thema bearbeitet die Linksfraktion seit langem und seit einigen Monaten wieder verstärkt.

Der Soziologe Prof. Dr. Raj Kollmorgen befasst sich an der Hochschule Zittau/Görlitz mit dem sozialen Wandel. Im September war er in der Fraktionssitzung zu Gast und referierte zu „Wer beherrscht den Osten – wem gehört der Osten – Zukunft für den Osten?“ Auf die erste Frage fand er eine nahe liegende, nicht ganz ernst gemeinte Antwort: Merkel, Gauck, Thierse. Klar, so seine Klarstellung, seien das nur Einzelfälle, die nichts über die Gesellschaft aussagen. Es irritiere ihn, dass das Thema „ostdeutsche Eliten“ nur bis zum Jahr 2000 in der Debatte stand – danach sei es still darum geworden. Eliten seien in der Regel nur ein Thema für Eliten. Allerdings bewiesen die Ergebnisse der Bundestagswahl Gegenteiliges: Elitenkritik ist ein wichtiger Aspekt jener Anti-Establishment-Haltung, die viele dazu brachte, aus Protest ihre Kreuze bei der AfD zu machen.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen laut Kollmorgen in einer historischen Periode, die bisher kaum aufgearbeitet worden ist: in der Zeit nach 1990. Nicht nur auf der Gesetzesebene, sondern allerorten in den Eliten vollzog sich die „Verwestdeutschung“ des Ostens. Westdeutsche Netzwerke ermöglichten den Aufstieg westdeutscher Funktionsträger, die mit „Buschzulagen“ gelockt wurden. Diese Netzwerke erhalten sich selbst: Wer oben ist, bleibt dort, wer unten ist, bleibt dort ebenfalls. Kollmorgen diagnostiziert eine „Ausgrenzung“ der Ostdeutschen und gleichzeitig deren „kulturelle Fremdmarginalisierung“. Ostdeutsche Lebensleistungen seien nicht geschätzt, sondern auf Teilaspekte des Lebens in der DDR reduziert worden; Ossis sei nicht zugetraut oder zugestanden worden, Verantwortung in der Bundesrepublik zu übernehmen. So weit, so bekannt. Der Soziologe erkennt jedoch auch eine „kulturelle Selbstmarginalisierung“ der Ostdeutschen. Nach dem Durchleben der multiplen Krisen ab 1989/90

hätten viele lieber kein Risiko eingehen wollen, eher auf unselbstständige Arbeit als sichere Bank gesetzt. Somit neigten wenige zum Unternehmertum; der Weg zum Aufstieg sei selten riskiert worden. Insgesamt gebe es hier eine größere Distanz zu den Eliten als im Westen.

Diese größere Distanz hat eine faktische Grundlage. Die Uni Leipzig und der MDR ließen untersuchen, zu welchem Anteil Ostdeutsche inzwischen in den Funktionseliten angekommen sind. Die Befunde: Außer in den Landesregierungen waren im Osten Geborene stets unterrepräsentiert. In den Spitzengremien der Rundfunkanstalten, den Rektoraten der Hochschulen, in Forschungseinrichtungen, den Schaltstellen der öffentlichen Verwaltung oder im Management der großen Unternehmen sitzen viel weniger Ostdeutsche als angemessen wäre – jedenfalls wenn man nach ihrem Anteil

Gesellschaft auf rechtlich-formeller Ebene zu überwinden, etwa über Förderprogramme. Denn bald lasse sich nicht mehr rechtssicher definieren, wer Ostdeutscher ist. Es sei umso wichtiger, das Thema in der Öffentlichkeit zu halten und so Druck auf die Eliten auszuüben. Der Osten sei kein Verlierer-Gebiet; jedoch sei die Zonengrenze sozioökonomisch noch deutlich sichtbar. Bei allen wichtigen Kennzahlen erreichte Ostdeutschland bisher nur zwischen 70 und 85 Prozent des Westniveaus – ob beim Wirtschaftswachstum, der Produktivität, nicht zuletzt bei den Einkommen und vor allem bei den Vermögen. Kollmorgen empfiehlt, den Fokus darauf zu legen, was nach 1990 hier geschehen ist; außerdem ließen sich Aufstiegswege Ostdeutscher und die Vermögensbildung im Osten fördern. Bruchstücke aus der Vergangenheit könnten in der Gegenwart zum Teil einer guten Zukunft werden. Es gebe noch vieles zu retten.



an der Bevölkerung geht. Kollmorgen bestätigt diese Befunde und ergänzt sie um frappierende Zahlen. 2012/13 stammten nur 14 Prozent der Bundestagsabgeordneten aus dem Osten; bei Staatssekretären und Abteilungsleitern in den Länderministerien war ihr Anteil nur auf sieben Prozent angewachsen. An den höchsten Gerichten finden sich de facto keine Ostdeutschen, ebenso wenig in der Bundeswehr-Generalität und in den Vorständen der DAX-Unternehmen. Nur etwa ein Viertel der hundert größten Unternehmen im Osten werden von Ostdeutschen geführt oder stehen in deren Besitz. Zwar besitzen Ostdeutsche die meisten ostdeutschen Unternehmen, aber das sind in der Regel kleine und Kleinstbetriebe.

Ossiland in Wessihand – das mag überspitzt formuliert sein, allerdings ist dieser Eindruck weit verbreitet. Kollmorgen sieht die Zeit verrinnen, die bleibt, um die Unterrepräsentanz der Ostdeutschen an den Schaltstellen der

Herausgeputzte Städte und sanierte Straßen bedeuten noch lange keine gleichwertigen Lebensverhältnisse oder ähnliche Lebensgefühle in Ost und West. Es gilt, im Sinne einer wirklichen Integration Antworten für alle Generationen zu finden: Für die Älteren, die den Großteil ihres Arbeitslebens in der DDR verbracht haben und zum Teil heute mit einer geringen Rente bestraft werden. Für diejenigen, deren Arbeitsleben an der Wende zerbrach und die sich nicht wieder aufrappeln konnten. Aber auch für diejenigen, die in der neuen Gesellschaft angekommen sind und sich zu den Erfolgreichen zählen. Und für diejenigen, die seit den 80er Jahren geboren und ebenfalls ostdeutsch sozialisiert worden sind.

Die Linksfraktion wird sich dieses Themas wieder stärker annehmen und dafür streiten, dass die Zeit nach 1990 aufgearbeitet wird – das Handeln der Treuhänder inklusive.

Auch eine Frage der Kultur: Absage an Homo- und Trans* feindlichkeit!

In der sächsischen CDU sitzt der Schock über das Ergebnis der Bundestagswahl tief. Die erfolgsverwöhnte „Sächsische Union“ wurde auf Platz 2 verwiesen. Im Gespräch mit der *Sächsischen Zeitung* führte Ministerpräsident Tillich zur Erklärung unter anderem an, dass „zu viel über die Ehe für alle“ und folglich über Minderheiten gesprochen worden sei. Das passt zur Sabotagetaktik seiner Partei gegenüber dem jüngst endlich vorgestellten Landesaktionsplan zur Vielfalt von Lebensentwürfen – sie hat nach Kräften daran gearbeitet, das Papier zu schwächen. Somit steht nicht die gesamte Staatsregierung hinter dem Projekt, *ausnahmslos allen* in Sachsen lebenden Menschen ein angst- und gewaltfreies Leben zu ermöglichen – unabhängig davon, welche sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität sie nun einmal haben.

In einer Landtagsdebatte auf Antrag der Linksfraktion stellte **Sarah Buddeberg, Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik**, deshalb klar: Tillich solle tatsächlich darüber nachdenken, wie er die Mehrheit

ansprechen will. „Die Lösung kann aber nicht darin bestehen, die Diskriminierung von Minderheiten hinzunehmen. Wenn ein schwules Pärchen sich montagabends in Dresden nicht angstfrei bewegen kann, wenn ein Oktoberfestportal Warnhinweise an Schwule und Lesben ausgibt, auf dem Fest ein bisschen zurückhaltend zu sein, dann frage ich: Ist das die Kultur, die es vorbehaltlos zu verteidigen gilt? Will die CDU weiter so tun, als gebe es kein Problem, weil ihre Führung glaubt, dass die Mehrheit ihrer Mitglied- und Anhängerschaft es selbst nicht hat?“

Es sei eine Mindestforderung an jegliche Kultur, dass niemand Angst haben müsse, dass alle sich frei bewegen können. Nötig sei eine klare Absage an Gewalt und Diskriminierung, denen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgeschlechtliche, Transgender, Intergeschlechtliche und queere Menschen (LSBTTIQ) immer noch begegnen. „Deshalb braucht Sachsen als gleichstellungspolitisches Entwicklungsland einen mutigen Aktionsplan und es ist gut, dass endlich ein Schritt in diese

Richtung unternommen worden ist.“ Buddeberg dankte allen Haupt- und Ehrenamtlichen in der LSBTTIQ*-Community, die für die Qualifizierung des Plans bereitstanden und ihn nun mit Leben erfüllen, und auch der SPD-Staatsministerin Petra Köpping samt ihrem Ministerium.

„Nicht danken möchte ich jenen Teilen der CDU, die das Projekt torpediert und den Plan verwässert haben. Dadurch bleibt er hinter den Erwartungen zurück.“ Erstens fehle die Datengrundlage, was auch vermerkt ist: „Spezifische Studien zu Lebenslagen und Diskriminierungserfahrungen von LSBTTIQ* liegen nicht vor“. Die Linksfraktion fordert deshalb eine Studie, die dieses Defizit ausgleicht. Zweitens bleibe der Plan schwammig und ohne abrechenbare Maßnahmen. „Sachsen braucht einen mutigeren Aktionsplan. Der ist kein Sonderprogramm für eine Minderheit, sondern eine Antwort auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen“, so Buddeberg. Die CDU dürfe dieses Gesellschaftsbild nicht länger bekämpfen – Wahlergebnisse hin oder her.

Schwerste Straftaten bleiben unentdeckt

Die CDU und Sicherheit – beides scheint klar verbunden. Dabei ist Sachsens CDU-geführte Regierung kein Garant der Sicherheit: Selbst die Rechtsmedizin fällt ihrer Kürzungspolitik zum Opfer.

Das Institut für Rechtsmedizin in Chemnitz fiel weg, nur eine Außenstelle des Leipziger Instituts ist übrig. Dort arbeiten zwei Sektionstechniker und zwei Schreibkräfte. Insgesamt versorgen die 14 Rechtsmedizinerinnen und -mediziner in den Instituten für Rechtsmedizin (RMI) der Uni Leipzig und am Dresdner Universitätsklinikum etwa vier Millionen Menschen! Dabei weiß jeder, dass kapitale und andere Verbrechen ohne schlagkräftige Rechtsmedizin nicht aufgeklärt werden können. Schätzungsweise bleiben in Deutschland jährlich 2.000 Morde unentdeckt. Obergerichte mussten schon der Schwerstkriminalität Verdächtige entlassen, weil Gutachten nicht vorlagen.

Die Institute für Rechtsmedizin leiden unter chronischem Geldmangel. Investitionen blieben jahrelang liegen, der laufende Betrieb funktioniert nur durch Arbeit am Limit. Zahlungen, die sie für ihre Dienstleistungen nach dem Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz erhalten, reichen nicht. Zweckgebundene Zuschüsse aus dem Landeshaushalt fehlen. Die Linksfraktion will pro Institut eine Soforthilfe von 500.000 Euro für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Drucksache 6/10716). Auch später soll die Finanzierung sicher sein.

Diese Forderungen entsprechen der Einschätzung der Institute. Die Direktorin des RMI Dresden, Christine Erfurt, beziffert das Defizit ihres Hauses auf „zwischen 400.000 und 600.000 Euro“ im Jahr. Für das Leipziger Institut erklärte der Dekan der Medizinischen Fakultät, Michael Stumvoll, ein „Zuschuss in der Größenordnung von 500.000 Euro“ pro Jahr sei notwendig.

Das Wissenschaftsministerium räumt zwar ein, dass diese Defizite bestehen, vertröstet aber auf den Doppelhaushalt 2019/2020. Justizminister Gemkow setzt seine Hoffnung ganz auf steigende Vergütungssätze im Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz, die aber nicht in Sicht sind. LINKEN-Rechtsexperte Klaus Bartl: „Andere Bundesländer sorgen längst mit Landesmitteln dafür, dass die Rechtsmedizin ordentlich arbeiten kann. In Sachsen scheitert das am Finanzminister und am Ministerpräsidenten.“ Diese Regierung ist ein Sicherheitsrisiko!



cutemosaic crackleure / flickr.com / CC BY-ND 2.0

Diese Staatsregierung provoziert Revolten!

Die JVA Chemnitz ist mit 106 Prozent sachsenweit am stärksten überbelegt, dort sammeln sich die meisten Überstunden im Justizvollzug. Im ersten Halbjahr 2018 sollen 75 neue Haftplätze im offenen Vollzug hinzukommen. Die JVA hat dem Justizministerium gemeldet, dass dafür 15 weitere Stellen benötigt werden. Bewilligt werden: null.

Das Ministerium begründet das damit, dass der offene Vollzug weniger Personal braucht als der geschlossene. Der **Rechtspolitiker der Linksfraktion Klaus Bartl** fragt sich, weshalb dann ein Drittel aller sächsischen Plätze im offenen Vollzug unbesetzt sind. „Aber davon abgesehen: In unerträglicher Ignoranz nimmt das Justizministerium in Kauf, dass sich die Lage in der JVA Chemnitz weiter aufheizt. Die Anstalt läuft am Limit.“ Zum Ende des ersten Halbjahres waren im Justizvollzug insgesamt 76.940 Über- und Mehrarbeitsstunden aufgelaufen,

in der JVA Chemnitz kamen allein im Juli 432 Überstunden hinzu. Schon jetzt werden Aufschlüsse und Lockerungen, wie zum Beispiel Ausführungen, reduziert. Bartl: „Die Staatsregierung provoziert Revolten!“

Die Personalplanung des Ministeriums hat mit der Realität wenig zu tun. Man verweist darauf, dass die JVA Chemnitz mit 0,46 Arbeitskraftanteilen (AKA) je Haftplatz über dem landesweiten Durchschnitt von 0,35 AKA liege. Allerdings ist ein Personalschlüssel von 0,37 die untere Schmerzgrenze für den ordnungs- und rechtmäßigen Betrieb des Strafvollzugs – so die Sachverständigen in einer Anhörung des Rechtsausschusses. Auch rechnet das Ministerium in die 121 theoretisch einsatzbereiten Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst der JVA Chemnitz viele Beschäftigte ein, die wegen ihrer Qualifikation, ihres Gesundheitszustandes oder aus anderen Gründen nur bedingt oder

nicht für den Stationsdienst und den Kontakt mit Gefangenen geeignet sind. Die reale Personalausstattung dürfte also ein Drittel niedriger sein als auf dem Papier – von Krankenständen und Urlaubsansprüchen des einsetzbaren Personals zu schweigen.

Die JVA Chemnitz vollzieht für die Freistaaten Sachsen und Thüringen fast alle Arten der Haft an Frauen, gleich welchen Alters, einschließlich des Jugendarrests und der Maßregel der Sicherheitsverwahrung. Wie keine andere JVA in Sachsen betreut und verantwortet die Anstalt den Resozialisierungsprozess unterschiedlichster Personengruppen mit individuellen Bedürfnissen. Die Linksfraktion fordert das Justizministerium auf, im Interesse der Bediensteten wie der Gefangenen endlich eine realistische Personalberechnung vorzulegen und die JVA Chemnitz wie alle sächsischen Anstalten auskömmlich auszustatten.

Stillstand statt Volldampf

Die Hälfte der Wahlperiode ist rum – die Linksfraktion hat per Großer Anfrage (Drucksache 6/8865) nachgehakt, was in der Verkehrspolitik geschafft ist. Die Staatsregierung weiß das in vielen Fällen selbst nicht. Spärlich sind die Fortschritte, obwohl seit drei Jahren eine „Strategiekommission“ arbeitet.

Baustellen gibt es zuhauf: Mobilität wird teurer. Allein in Leipzig stieg der Preis einer Einzelfahrkarte seit 2007 um 40 Prozent! Auch müssen Eltern immer mehr für den Schulbus berapen, obwohl sie nicht dafür verantwortlich sind, dass Schulen geschlossen worden sind. Sie zahlen für lange Wege – in Nordsachsen 87 Euro pro Schuljahr, in Dresden 223,80 Euro und in Meißen gar 251,63 Euro. „Wenn Sie schon eine wohnortnahe Schulbildung nicht ermöglichen können, dann sorgen Sie wenigstens für Kostensenkungen!“, fordert **Marco Böhme, Mobilitätspolitiker der Linksfraktion**, die Regierung auf. Die hält einen Schulweg von 60 Minuten für „zumutbar“ und meint, ihr sei kein Fall bekannt, bei dem es länger dauere. Dabei werden die Schulwege gar nicht systematisch erfasst ...

Regierungsprojekte wie ein „Bildungsticket“ für Schüler und Azubis oder ein „Sachsentarif“, der den Tarifschunzel beseitigt, stocken. Ländliche Gebiete werden abgehängt, Umsteigemöglichkeiten zwischen Bus- und Bahnverkehr

fehlen. Die Vorgabe des Personenbeförderungsgesetzes, den öffentlichen Nahverkehr bis 2022 barrierefrei zu machen, wird wohl verfehlt – es gibt nicht einmal eine Übersicht darüber, welche Haltestellen schon umgebaut sind. Gleichzeitig schleift die Verkehrssicherheitsarbeit: Noch nie gab es in Sachsen so viele Fahrradunfälle, statistisch gesehen stirbt an jedem dritten Tag ein Mensch bei einem Pkw-Unfall, Kontrollen von Lkw und Fernbussen wurden zurückgefahren. Und obwohl sogar Fahrverbote drohen, hat die Staatsregierung kein Auge auf verkehrsbedingte Luftverschmutzung oder Lärmbelastung. Ebensovwenig weiß sie, wer welche Schienenpersonennahverkehrslinien betreibt – obwohl sie

jährlich eine halbe Milliarde Euro an die Zweckverbände überweist. Auf die Frage, wie die medizinische und soziale Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum besser erreichbar werden soll, folgt die Antwort: Die Staatsregierung veranlasst keine gesonderten Maßnahmen. Böhme: „Das nenne ich ‚gelungene‘ Landesentwicklung. Das Ergebnis haben wir bei der Bundestagswahl gesehen.“

Sachsen braucht einheitliche Tarife für Bus und Bahn, bezahlbare Mobilität und gut angebundene ländliche Regionen. CDU und SPD jedoch werden wohl warten, was die „Strategiekommission“ beschließt und sonst nichts tun. Die Landtagswahl rückt inzwischen näher.



© / flickr.com / CC BY-SA 2.0

Achtung, Schildbürger in Grimma unterwegs!

In Grimma droht Fördermittel-Irrsinn. Dagegen wendet sich jetzt eine Petition. Ihr Ziel: das „Stadion der Freundschaft“ zu erhalten. Dahinter steckt eine unglaubliche Geschichte.

In Grimma gibt es zwei ausgelastete Fußballstadien am Rande der Altstadt und in unmittelbarer Nähe der Mulde – das „Stadion der Freundschaft“ und das „Friedrich-Ludwig-Jahn-Stadion“. Der Stadtrat hat beschlossen, „zur Belebung der Innenstadt“ einen REWE-Markt einzurichten, und zwar auf dem Gelände des bisherigen Jahn-Stadions. Das Grundstück wurde für 1,6 Millionen Euro an REWE verkauft. Um den Verlust des Jahn-Stadions auszugleichen, soll es auf dem Gelände der ehemaligen Husaren-Kaserne neu entstehen – für

4,5 Millionen Euro. Das kann die Stadt nur bezahlen, wenn sie die Einnahme aus dem Grundstücksverkauf erhält. Die restlichen 3,6 Millionen Euro sollen aus Fördermitteln des Freistaats kommen, die für flutsichere Umbauten vergeben werden. Die fließen aber nur, wenn sowohl das Jahn-Stadion komplett abgerissen als auch das „Stadion der Freundschaft“ zurückgebaut wird – zu einer Anlage für Leichtathletik und Schulsport. Laut Fördermittelbescheid sind Tribünen, Trainerbänke, Kassenhäuser und das Clubhaus samt Umkleidekabinen abzubauen.

„Es ist nicht zu vermitteln, dass Teile des Stadions der Freundschaft abgerissen werden sollen. Damit ginge ein Symbol der Grimmaer Sporttradition

verloren. Außerdem würden wir ohne Not ein funktionstüchtiges Stadion opfern“, meint die **Grimmaer Abgeordnete der Linksfraktion, Kerstin Köditz**. Hinzu kommen weitere Ungeheimheiten. „Dabei spreche ich noch nicht einmal von Verkehrsproblemen oder der Konkurrenz für den Einzelhandel in der Altstadt, wenn der REWE-Markt errichtet wird. Gravierender ist der Umstand, dass der Hochwasserschutz leidet. Bisher kann das Jahn-Stadion notfalls Wasser zweifach aufnehmen, ein geschlossenes Gebäude lässt es im Zweifel in der Altstadt höher steigen. Die Flutschutzmauer, die für 50 Millionen Euro zwischen der Altstadt und der Mulde errichtet wird, ist übrigens zu niedrig, um Fluten im Ausmaß wie der von 2002 abzuhalten.“ Zudem wird die Verlagerung des Jahn-Stadions sehr teuer. Am neuen Standort befand sich eine chemische Wäscherei, das Grundwasser ist mit Trichlorethan belastet und kann nicht für die Bewässerung benutzt werden. Dadurch steigen die Betriebskosten auf etwa 100.000 Euro im Jahr, wozu der FC Grimma ein Zehntel beisteuert. Den Rest sollen die Bürgerinnen und Bürger tragen. Köditz: „Wir erleben eine Serie von Schildbürgerstreichen.“

Das „Stadion der Freundschaft“ muss erhalten bleiben! Die Linksfraktion fordert, dass das Innenministerium und die CDU-SPD-Mehrheit im Petitionsausschuss alle Hebel in Bewegung setzen.



Groundhopping Merseburg / flickr.com / CC BY-NC 2.0

Schutz gegen Naturkatastrophen: CDU sagt hü und hott

Die Linksfraktion ist selten einer Meinung mit dem Ministerpräsidenten. In diesem Fall aber wollten wir sogar einen Landtagsbeschluss in seinem Sinne herbeiführen. Es geht um eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden, die durch Hagel, Sturm, Starkregen, Überschwemmung, Erdbeben, Erdsenkung oder Schneedruck verursacht werden. Nicht alle Immobilien-eigentümer können sich ausreichend dagegen versichern. In bestimmten Gebieten ist es unmöglich oder unbezahlbar, eine Police zu bekommen. In Deutschland ist nicht einmal die Hälfte der Hausbesitzer ausreichend versichert, in Sachsen waren es 2016 nur 45 Prozent. Dabei gehen Klimaforscherinnen und -forscher davon aus, dass Extremwetterereignisse häufiger auftreten werden. Im Osten Deutschlands ist insbesondere mit mehr Sommergewittern zu rechnen, starker Hagelschlag inklusive. Die finanziellen Folgen lasten dann auf den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, staatliche Hilfen und Fördergeld in Millionenhöhe fließen. „Wir müssen immer wieder feststellen, dass zumeist der Steuerzahler für die Schadensbehebung nach Extremwetterereignissen aufkommt. Die Versicherungsunternehmen sind darüber hoch erfreut, denn sie sind aus der Verantwortung raus“, so Dr. Jana Pinka, Umweltpolitikerin der Linksfraktion.

Tillich wirbt nun auf der Bundesebene für einen flächendeckenden Versicherungsschutz – die Linksfraktion forderte seine Regierung per Antrag auf (Drucksache 6/10012), im Bundesrat entsprechend aktiv zu werden. Appelle und Freiwilligkeit führten nicht zum Erfolg, so Janina Pfau, Sprecherin für Verbraucherschutz. „In der Schweiz funktioniert die Elementar-Pflichtversicherung bereits seit mehr als 80 Jahren. Hierbei zahlen alle Eigentümer von Gebäuden, sowohl Privatpersonen als auch Gewerbetreibende und kommunale Eigentümer, in die Pflichtversicherung ein und leisten damit ihren Anteil zum Solidarprinzip.“ Auch in der DDR gab es ein solches Modell.

Die Linksfraktion will die Eigenvorsorge aller Gebäudeeigentümer flächendeckend möglich machen, zu vertretbaren, nach Risiko gestaffelten Tarifen. CDU und SPD unterstützen den Antrag allerdings nicht. Was zählt nun mehr – das Wort des Regierungschefs oder das Votum „seiner“ Parlamentsfraktion?



Plenarspiegel September 2017

Die 60. und die 61. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 27. und 28. September 2017 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Lieber gleichberechtigt als später – Landesaktionsplan zur Vielfalt von Lebensentwürfen jetzt konsequent umsetzen!“

Große Anfrage

„Mobilität in Sachsen“ (Drs 6/8865), dazu Entschliebungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drs 6/10872

Anträge

„Ministerpräsidenten-Versprechen erfüllen – Bundesratsinitiative zur Einführung eines flächendeckenden Versicherungsschutzes gegen Elementarschäden endlich auf den Weg bringen!“ (Drs 6/10012)

„Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Rechtsmedizin erhalten: Akute Finanzierungslücken der Rechtsmedizinischen Institute in Sachsen schon für die Jahre 2017/2018 und die Zukunft schließen!“ (Drs 6/10716)

Sammeldrucksache 6/10765 mit den Anträgen der Fraktion DIE LINKE

„Situation und Perspektive der Schulhöre an den Schulen im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/2989)

„Einsatz von Pflanzenschutzmitteln insbesondere mit den Wirkstoffen Clomazone und Glyphosat stärker reglementieren und Auswirkungen weiter erforschen“ (Antrag von LINKEN und GRÜNEN, Drs 6/2666)

Alle Drucksachen unter www.edas.landtag.sachsen.de

Fast drei Viertel aller Eingaben abgeschmettert



Im vergangenen Jahr wurden 485 Petitionen an den Sächsischen Landtag eingereicht, 396 vom Petitionsausschuss behandelt. Allerdings konnte nur 37 Petitionen abgeholfen werden; in 359 Fällen – das sind fast 75 Prozent – nicht. Dieses Arbeitsergebnis ist mangelhaft. Die Bürgerinnen und Bürger wenden sich mit konkreten Anliegen an die Politik, und in der Regel erhalten sie eine gesetzlich begründete Ablehnung. Das frustriert und schnell entsteht der Eindruck, die Politik mache, was sie wolle. Bei vielen Eingaben wurde keine Abhilfe geschaffen, weil die Regierungskoalition abblockte.

Zu den umfangreichsten Anliegen gehörte die Sammelpetition „Absenkung der Klassenobergrenzen“ mit 9.822 Unterschriften. Die Petenten begehrten, dass Klassen, in denen Integrationskinder lernen, per Gesetz verkleinert werden. Aus unserer Sicht ist das pädagogisch sinnvoll, um die individuelle Förderung aller Kinder zu gewährleisten. Ende November 2016 erhielten die Petenten allerdings die Antwort des Petitionsausschusses, dass derzeit der Schulgesetzentwurf der Staatsregierung im Gesetzgebungsverfahren stecke und der Landtag entscheiden werde. Warum hat die Koalition dieses Anliegen dann nicht in der Novelle des Schulgesetzes berücksichtigt? Ignoriert wurde auch

das Schülerbündnis „Bildung gegen Rassismus“, das fünf Punkte zur politischen Bildung in die Schulgesetz-Debatte einbrachte. Die Petenten wollten ihr Anliegen in einer Anhörung im Petitionsausschuss darlegen. Als Bearbeiterin der Petition habe ich die Anhörung beantragt. Die Koalition lehnte ab. Dabei sollten alle Abgeordneten im Petitionsausschuss immer versuchen, im Sinne der Petenten eine optimale Lösung zu finden, anstatt parteipolitische Spielchen zu treiben. Die Befugnisse nach dem Petitionsausschussgesetz und der Geschäftsordnung sollten auch der Opposition zustehen!

Angesichts dieser Verweigerungshaltung der Regierungskoalition muss man sich nicht wundern, dass immer weniger Bürgerinnen und Bürger am Petitionsverfahren teilnehmen. 2010 wurden noch 1.219 Petitionsschreiben eingereicht, 2016 waren es weniger als die Hälfte. Das ist ein Alarmsignal. Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb, das Petitionsgesetz zugunsten der Petenten zu überarbeiten. Der Petitionsausschuss sollte bürgerfreundlicher, transparenter und öffentlicher arbeiten. Das Petitionsrecht, das aus dem Jahr 2008 stammt, muss dringend modernisiert werden!

Marion Junge, MdL

Neue Fachbereiche

Die Linksfraktion hat nun entschieden, in welchen fachpolitischen Bereichen unsere beiden jüngst nachgerückten Abgeordneten sich bis zum Ende der Wahlperiode engagieren werden.

Nach dem Wechsel des langjährigen LINKEN-Abgeordneten Falk Neubert ins thüringische Sozialministerium waren das Feld der Medienpolitik sowie die Wissenschafts- und Hoch-

schulpolitik neu zu vergeben. Antje Feiks, die im September für Falk Neubert nachgerückt ist, wird sich fortan um die Medienpolitik kümmern. René Jalaß, der schon vor einigen Monaten für Sebastian Scheel in den Landtag nachgerückt war und sich bisher mit Netz- und Drogenpolitik befasst hat, übernimmt zusätzlich die Funktion des Sprechers für Wissenschafts- und Hochschulpolitik.

Termin

Fraktionsfachgespräch „Anonyme Spurensicherung für Opfer sexualisierter Gewalt“

24. Oktober 2017, 16-19 Uhr
Sächsischer Landtag, A 467

Direkt nach einer Gewalterfahrung sehen sich Opfer sexualisierter Gewalt oftmals außerstande, Anzeige zu erstatten. Zeit ist jedoch ein zentraler Faktor bei der Beweissicherung. Die verfahrensunabhängige Spurensicherung setzt dort an und ermöglicht es, Beweise sofort zu sichern, während die Entscheidung über eine Anzeige auch später noch getroffen werden kann. Mit Expert*innen und dem Fachpublikum debattieren wir, ob und wie ein landesweites Netzwerk für anonyme und verfahrensunabhängige Spurensicherung aufgebaut werden kann.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag